



Landesverteidigungsakademie
Wien

DIE SCHLACHT UM ALEPPO UND DAS SCHICKSAL SYRIENS

Jasmina Rupp

Der Kampf um die syrische Stadt Aleppo ist für alle Konfliktparteien von großer strategischer Bedeutung. Der Sieger an der Kampffront wird die Verhandlungen über einen Waffenstillstand sowie die politische Zukunft Syriens maßgeblich bestimmen. Die Aleppo-Offensive ist daher eine Frage von Leben und Tod für die bewaffnete Opposition im Kampf gegen das Regime und seine Verbündeten. Frieden kann in Syrien letztlich nur durch Druck von außen erzielt werden. Ziehen die USA und Russland an einem Strang, stehen die Chancen gut, dass sich das Regime russischen Forderungen beugt und einem inklusiven politischen Stabilisierungsprozess öffnet.

Das Schicksal der Opposition liegt in Aleppo

Aleppo, als zweitgrößte Stadt Syriens, ist die letzte urbane Hochburg der bewaffneten Opposition. Ihr Verlust würde den militärischen und politischen Sieg des Assad-Regimes bedeuten. Es gäbe keine von rebellenkontrollierte De-facto-Region „Nordsyrien“ mehr, sondern ein von Machthaber Assad kontrolliertes „West-Syrien“, das 70% der Gesamtbevölkerung beherbergt. Die Rebellengruppen in der umkämpften Provinz Aleppo profitieren von der geographischen Nähe zur Türkei, welche Nachschub liefert und die Opposition unterstützt. Mit allen Mitteln verfolgen das Regime und seine Verbündeten daher die Unterbrechung der wichtigsten Nachschubroute. So erfolgte im August 2016 mithilfe der kurdischen Miliz YPG die Einkesselung des Ostteils der Stadt durch die Einnahme der „Castello Road“. Nur für kurze Zeit gelang es einem schlagkräftigen Oppositionsbündnis mit Beteiligung der kürzlich vom Al-Qaida Ableger in Syrien abgespaltenen Jabhat Fatah al-Sham (JFS), den Belagerungsring zu durchbrechen.

Das Scheitern von Waffenstillstandsvereinbarungen

Die Einkesselung der rund 275.000 Zivilisten in Aleppo und die drohende humanitäre Katastrophe ermöglichten erstmals wieder eine Annäherung der USA und Russlands. Das im September 2016 ausgehandelte Waffenstillstandsabkommen sah eine umfassende Feuerpause, den humanitären Zugang nach Ost-Aleppo sowie den Austausch von Geheimdienstinformationen zur gemeinsamen Bekämpfung der als terroristisch eingestuft Gruppen „Islamischer Staat“ (IS) und „Al-Qaida“ vor. Im Gegenzug sollte Russland, durch Druck auf Assad, Luftschläge in von rebellengehaltenen Gebieten verhindern. Die siebentägige Waffenruhe war geprägt von ständigen Schuldzuweisungen: Bei einem versehentlichen Luftschlag der US-geführten Anti-IS-Koalition kamen 62 syrische Soldaten ums Leben. Russland warf den USA vor, die syrische Armee bewusst angegriffen zu haben. Im Gegenzug machte die USA Russland für den Luftangriff auf einen UN-Hilfskonvoi verantwortlich.

Das Scheitern von Waffenstillstandsvereinbarungen liegt unter anderem am fehlenden Einfluss auf lokale Konfliktakteure. Nach Aussagen des russischen Außenministers Lavrov hätten 20 der 150 Rebellengruppen 300 Mal die Waffenruhe vom September verletzt und den Rückzug aus der entmilitarisierten Verbindungsrouten „Castello Road“ nicht genutzt. Auf der anderen Seite übt Russland keinen konsequenten Druck auf das Regime zur Einhaltung von Feuerpausen oder politischen Vereinbarungen aus. Assad wiederum hat keine vollständige Kontrolle über sämtliche regimetreue Milizen, welche unterschiedliche Agenden in Syrien verfolgen. Die umstrittene Vereinbarung erlaubt zudem die Bekämpfung des Al-Qaida-Ablegers Jabhat Fatah al-Sham, welche die kampferfahrenste und größte Rebellengruppe ist. Die von vielen geforderte Abspaltung der Opposition von der dominierenden JFS stellt für zahlreiche Rebellengruppen ein Dilemma dar. Einerseits hängt ihr Überleben an der Kampffront von JFS ab, andererseits könnte eine Distanzierung zu Racheakten führen. Auch der Versuch, die Opposition durch die Einstellung von Waffenlieferungen zur Distanzierung zu drängen, brachte keine Fortschritte. Die Waffenruhe vom September illustriert die fragile Grundlage der Vereinbarung. Russland und USA legten sich schwierige Bedingungen auf, ohne diese garantieren zu können. Der größte Nutznießer von Waffenstillstandsvereinbarungen ist letztlich Assad, da in diesem Fall die JFS isoliert und die Opposition automatisch geschwächt würde. Ein Scheitern der Vereinbarung würde die Opposition, die durch die Forderung nach einer Abspaltung bereits einer Zerreißprobe unterliegt, noch weiter von ihrem Verbündeten USA entfernen.

Vor dem Hintergrund des internationalen Aufschreis, dass Russland in Aleppo Kriegsverbrechen begehe und der im Oktober 2016 eingebrachten französischen UN-Resolution zur Einstellung von Kriegshandlungen, stimmte Russland mehrmals tages- oder stundenweisen unilateralen Waffenruhen zur Versorgung der Zivilbevölkerung zu. Jedoch könnten die von Russland gesetzten Ultimaten, Zivilbevölke-

rung und Kämpfer zur Flucht aus Aleppo zu drängen, auf eine bevorstehende totale Eskalation in Aleppo hinweisen - auch deshalb, weil durch die beschränkte Handlungsfähigkeit der scheidenden Obama-Administration keine Reaktion seitens der USA zu erwarten ist.

Regionalmächte und ihre Einflusszonen in Syrien

Bei der Gebietskontrolle in Syrien zeichnen sich gewisse Einflussphären unterschiedlicher Konfliktakteure ab. Diese scheinen sowohl vom Assad-Regime als auch von der internationalen Staatengemeinschaft für den Preis politischer Konzessionen als Faktum vorerst hingenommen zu werden:

Russisch-iranisches Kondominium

Die beiden Mächte Iran und Russland ergänzen einander in ihrer Syrien-Strategie. Die ungefähr 60.000 schiitischen Kämpfer unter iranischem Kommando sind unerlässlich für Gebietseroberungen, insbesondere da die reguläre syrisch-arabische Armee nach fünf Jahren Krieg ausgeblutet ist und Rekrutierungsprobleme hat. Die mächtige russische Luftwaffe spielt eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung dieser Kräfte auf dem Boden. Teheran und Moskau haben sich Syrien in zwei Defacto-Kontrollzonen aufgeteilt. Der Südwesten Syriens liegt im iranischen Interessensgebiet, der Nordwesten sowie die Oasenstadt Palmyra in russischem Interessensgebiet. Solange sich die US-Politik auch unter Präsident Trump nicht ändert, könnten Russland und Iran ein Kondominium etablieren, welches künftig das gesamte syrische Staatsgebiet umfasst. In einem derartigen Szenario entscheidet Russland über das Bestehen eines Syrisch-Kurdistans und könnte einen schmalen Korridor gewährleisten, der den Kanton Afrin mit dem Rest von Rojava verbindet. Diese Verbindungsmöglichkeit könnte als Druckmittel gegenüber der Türkei verwendet werden.

Durch den Ausbau des Hafens in Tartus zu einem russischen Marinestützpunkt zählt das alawitische Küstengebiet zur favorisierten Einflusszone Russlands. Zudem benötigt die

alawitische Minderheit aus demographischen Gründen den Schutz Moskaus vor befürchteten Übergriffen der sunnitischen Mehrheitsgesellschaft.

Assads „nützliches Syrien“

Aus Regime-Perspektive führte die russische Intervention zu einem wiedergewonnenen Selbstbewusstsein. Das zurückeroberte Territorium ist flächenmäßig zwar klein (ungefähr 2% der verlorenen Gebiete seit 2011), jedoch wurden drei Kernziele erreicht: Schutz des alawitischen Herzlandes Latakia mit seinen russischen Militärstützpunkten vor Rebellen-Angriffen, die Etablierung einer Kommunikationslinie zwischen Damaskus und Aleppo und letztlich ein sicheres Westsyrien, wo Assad unabhängig von den Front-Entwicklungen sein Überleben als Präsident (seinen Aussagen zufolge bis 2021) gesichert hat.

Irans Sunniten-freie Zone

Die Einflusszone Irans deckt sich mit der Strategie Assads über ein „nützliches Syrien“ zu herrschen. Die von sunnitischen Oppositionellen besetzten Vororte rund um Damaskus, wie Daraya und Ost-Ghouta, wurden unter anderem durch Belagerung, Aushungern und Evakuierungsabkommen „befreit“. Während Assads demographische Verschiebungs-Strategie dem Regime hilft, die Kontrolle über Damaskus zu erhalten, ermöglichen es die gezielten Zwangsumsiedlungen von Sunniten nach Nordsyrien und die Besiedelung der befreiten Gebiete durch Alawiten oder Schiiten dem Iran, seine Ambitionen zu verfolgen - ein von ihm kontrollierter Sunniten-freier Korridor, der die syrische Küstenregion mit den Hochburgen der Hisbollah verbindet und eine direkte Landverbindung vom Iran über Irak nach Südsyrien und den Libanon schafft. Angesichts des umfassenden finanziellen, militärischen und politischen Engagements in Syrien wird Teheran vermutlich alle Kräfte daran setzen, langfristig in diesem Korridor seinen Einfluss zu wahren. Zum Schutz vor der benachbarten, feindlich eingestellten sunnitischen Mehrheitsbevölkerung wäre es für den Iran erforderlich, eine Art regionale Pufferzone zu etablieren.

Eine sichere Zone in Südsyrien

Israel und Jordanien haben sich im Süden Syriens ihre Einflussphären gesichert. Jordanien stellte die Unterstützung der Rebellen-Südfront ein und kann sich im Gegenzug von der Last syrischer Flüchtlinge befreien, indem diese in einer sicheren Zone im Grenzgebiet ohne Bedrohung durch russische oder Regime-Luftschläge angesiedelt werden. Israel möchte militärische Stützpunkte des Iran und der Hisbollah an seinen Grenzen sowie das Erstarren der Hisbollah durch die Verbindung von Südsyrien mit dem Südlibanon verhindern. Das Überschreiten dieser „roten Linie“ würde wohl ein militärisches Eingreifen Israels provozieren.

Saudi-Arabien und die Golfstaaten

Die Assad-feindlichen Mächte Saudi-Arabien und einige Golfstaaten werden einem Sieg des Iran nicht tatenlos zusehen. Ihre Möglichkeiten reichen von der Ausstattung von Rebellen mit Flugabwehrraketen bis zur Eröffnung einer neuen Kampffront im Norden des Libanon, wo eine starke lokale salafistische Präsenz und tausende verzweifelte syrische Flüchtlinge mobilisiert werden können. Somit würde erneut das alawitische Herzland bedroht werden. Die Effizienz der saudi-arabischen Unterstützung für die Rebellen ist allerdings stark vom Verhalten der Türkei sowie der Kontrolle der Versorgungsrouten in Rebellengebiete abhängig. Ohne externe finanzielle Unterstützung und Waffenlieferungen stehen der syrischen Opposition nur noch zwei Optionen offen: entweder einen russisch-iranischen Übergangsplan mit Assad an der Macht zu akzeptieren oder sich besser ausgestatteten dschihadistischen Milizen anzuschließen, welche den Kampf gegen das Regime und seine Verbündeten mit einer asymmetrischen Kriegsführung weiterführen möchten. Das Schicksal der Opposition hängt nun in hohem Maße von Erdogans Plänen und Putins Duldung ab.

Die türkische Intervention in Syrien

Die türkische Einflusszone umfasst den Streifen zwischen Jarablus bis Aleppos Vororte. Von der Türkei unterstützte Rebellen mar-

schierten Ende August erstmals in Nordsyrien ein, um die Grenzregion von der Terrororganisation IS zu säubern und die PKK-nahe YPG an der Schaffung einer zusammenhängenden autonomen Region Syrisch-Kurdistan zu hindern. Die Ziele der Intervention decken sich mit den politischen Agenden von Russland, Iran und sogar des Assad-Regimes, nämlich die territoriale Einheit Syriens zu erhalten sowie den IS zu bekämpfen. Die von der Türkei unterstützten Einheiten, mehrheitlich syrische Araber und Turkmenen, kämpfen unter dem Banner der Freien Syrischen Armee und eroberten mittlerweile das vom IS besetzte Grenzgebiet zurück. Der nächste Schritt ist die von der Türkei bereits seit Jahren geforderte Errichtung einer 20 km tiefen Sicherheitszone. Syrisch-arabische Flüchtlinge sowie die turkmenische Minderheitsbevölkerung werden in dieser Region als Bollwerk gegen die syrisch-kurdischen Ambitionen, in Reichweite der vom Regime-belagerten Stadt Aleppo, positioniert. In den kommenden Monaten wird sich herauskristalisieren, ob Ankara sich mit seiner schmalen Einflusszone in Nordwestsyrien zufrieden gibt oder eine proaktivere Rolle einnimmt, um die russisch-iranische Dominanz in Syrien zu durchbrechen.

Politische Lösung des Konfliktes –Ableitungen und Erkenntnisse

Die im Dezember erwartete gesamte Einnahme Aleppos würde Assads Strategie, ein Rebellen-freies „nützliches Syrien“ zu kontrollieren, vervollständigen. Zudem ist Russland nicht daran interessiert, sich an der Rückeroberung des gesamten syrischen Staatsgebiets zu beteiligen. Die Einnahme Aleppos könnte daher ein neues Fenster für politische Verhandlungen eröffnen:

- Die Lösung des Syrien-Kriegs erfordert eine Einigung zwischen den USA und Russland hinsichtlich der Modalitäten eines syrischen Übergangsprozesses sowie Assads Rolle. Doch auch die Protagonisten des Konfliktes, Iran, Türkei, Saudi-Arabien sowie einige Golfstaaten, welche die Machtbalance in Syrien maßgeblich

beeinflussen, sind gefordert, mäßigend zu wirken.

- Russland und Iran sollten sich dessen bewusst sein, dass eine Stabilisierung unter Assad nicht funktionieren wird, da weder das Regime zu seriösen Verhandlungen mit der Opposition bereit ist noch die Opposition Assad in einer Transitionsphase anerkennen würde. Der Rückzug Assads muss daher auf Druck von außen entstehen.
- Russland sollte seine Unterstützung für das Assad-Regime an Bedingungen knüpfen und sich stärker für einen inklusiven politischen Stabilisierungsprozess engagieren. Das Einlenken des Regimes zur Abrüstung der Chemiewaffen im Jahr 2013 beweist, dass eine Einflussnahme Russlands auf Assad möglich ist.
- Die syrischen Oppositionsgruppen sind angehalten, Kompromisse einzugehen. Die einzige symbolische Konzession könnte der Rücktritt Assads sein, Vertreter des Regimes würden großteils bestehen bleiben, da die Beseitigung staatlicher Strukturen nach dem Beispiel Iraks negative Folgen hätte. Eine Abspaltung der Opposition von Hardlinern, wie der Jabhat Fatah al-Sham, ist für einen friedlichen Ausgang notwendig.
- Alternative Vorschläge für den Übergangsprozess sollten ernsthaft ins Auge gefasst werden, diese reichen von einem Befugnis-transfer von Assad zu einem Gremium an Stellvertretern, die Machtübertragung auf einzelne syrische Generäle oder die Einrichtung eines Übergangsrates aus Vertretern des Regimes und der Opposition.
- Friedensgespräche sollten von konkreten Überlegungen hinsichtlich der Umsetzung der Ergebnisse begleitet werden. Dazu gehören ein UN-Mandat, ein Monitoring-Prozess, materielle und personelle Ressourcen, insbesondere für den Wiederaufbau und höchstwahrscheinlich eine robuste Friedenstruppe.

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der

Landesverteidigungs-
akademie

November 2016



www.facebook.com/lvak.ifk

IFK Monitor
November 2016

Hinweis: Der vorliegende Beitrag gibt
ausschließlich die Meinung des Autors wieder.